

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 30	Erscheint jeden Sonntag. Abonnementpreis: M. 1.— für das Vierteljahr. Su beziehen durch alle Postanstalten.	Gotha, 28. Juli 1918 (Zerlegen: Nr. 174.)	3 separate Kosten 50 Pfg. die einpaltige Postkarte. Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellenvermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.	32. Jahrg.
--------	---	--	--	------------

Inhaltsverzeichnis.

Die Verhandlungen unseres Verbandstages. — Der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie. — Aus unserem Bericht. — Die zukünftigen Wirtschaftspolitiker. — Arbeit und Zukunftshoffen. — Die russischen Wölter im Lichte ihrer Kultur. — Gewerkschaftliches. — Verbandsnachrichten. — Versammlungskalender. — Berichtigung.

Die Verhandlungen unseres Verbandstages.

Bürgurg, 8. Juli 1918.

Heute wurde hier, im stimmungsvoll geschmückten Lokale des Kaffee Alhambra, der 17. ordentliche Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands eröffnet. Anwesend waren 24 Delegierte, ferner, als Gast, der Kollege Müller-Wien vom österreichischen Bruderverband, Kollege Silberstein als Vertreter der Generalkommission, der Verbandsvorstand, der Ausschuss und der Kollege Boel als Redakteur des Fachblattes.

Nach einigen einleitenden Worten des Verbandsvorsprechenden wurden als Leiter der Tagung die Kollegen Simon und Weisse-Dresden bestimmt. Einige kurze, scharfe aber doch inhaltsreiche Begrüßungsansprachen folgten. Dann kamen die üblichen Wahlen der verschiedenen Kommissionen. Nunmehr konnten die eigentlichen Verhandlungen beginnen. Kollege Simon gab zunächst den Geschäftsbericht. Dessen materiellen Inhalt gaben wir an dieser Stelle schon bekannt. — Kollege Simon machte das Gerüst der Zahlen und Zahlen lebendig, indem er schilderte, welche Kämpfe er bei der Abschluß der Tarife gestiftet habe, indem er die soziale Bedeutung des Ertrugens in das Bild ihres praktischen Wertens stellte.

Eine Unsumme von Arbeit mußte geleistet werden, die den Mitgliedern der Abschluß der beiden Reichstagsparteien bekannt gegeben werden konnte. Jetzt habe die Generalkommission noch zu erklären, ob sie dem Reichstagsrat für Zivilschutz zugestimmt oder nicht. In den meisten Orten habe der Tarif die Arbeitsbedingungen ungewissenshaft auf eine bessere Grundlage gestellt; manchen Orten jedoch, wo die Organisationsverhältnisse günstig lagen, sei keine besondere Verbesserung in unmittelbarer Sichtbarkeit zu verzeichnen. Zu beklagen sei jedoch, daß zunächst mal die Grundlage geschaffen werden mußte, von der aus man überall die Aussicht auf Erfolg, an die Verbesserung bestehender Verhältnisse herangehen konnte. Und diese Grundlage war die Befestigung des Umstandes, daß niedrige Löhne an einem Ort, kurzum, die Möglichkeit der Konkurrenz, ein Höherdrücken der Löhne an anderen Orten erschwerte, oft unmöglich machte. Ja, es war vor, daß ein Abwandern des Gewerbes nach Orten mit niedrigen Löhnen, Ertrugensschancen gewerkschaftlicher Art wieder vernichtete. Die bisherige Verunsicherung der Löhne erklärte auch die Unterschiede in dem Reichstagsrat erlangten Löhnerhöhungen; schwanken zwischen 10 bis 150 Prozent. — Einleitend erklärte Kollege Simon dann die einzelnen Bestimmungen des Tarifs, sowohl auf ihre praktische und praktische Wirkung, wie auch auf die Bedeutung für die Arbeiter. Worauf es nun vorwiegend ankomme, sei die Anerkennung des Tarifs bei allen Werken, in allen Betrieben, die jetzt von ihm noch nicht erreicht werden, durchzuführen. Daburh gewinne die Organisation ein vorzügliches Werbemittel. Die gute Wirkung des Tarifs nach dieser Richtung mache sich

ja jetzt schon bemerkbar. Der Zugang zur Organisation sei in den letzten Wochen über den bisherigen Grad weit hinausgegangen. Hoffentlich halte diese Bewegung an. Wachte die Organisation so weiter, dann dürfe man hoffen, die Ertrugensschancen des Tarifs in den Friedenszustand mit hinüber zu nehmen. Dann werde es auch gelingen, die Grundlöhne weiter hinaufzusetzen, was sich diesmal noch nicht habe erreichen lassen. Weiter gab der Kollege Simon ein Bild über die Bewegung der Mitgliederzahl, sowie über die finanzielle Entwicklung. Mit Begeisterung wurde die Feststellung begrüßt, daß die Zahl der Mitglieder im ersten Halbjahr um fast 4000 auf 21 534 gestiegen sei.

Den nicht beanstandeten Kassenbericht erstattete der Kollege König-Nürnberg. Kollege Haupt gab den Bericht des Ausschusses. In der ganzen Berichtszeit seien nur zwei Beschwerden gegen den Vorstand eingegangen. Bei den Revisionen habe sich keinerlei Bemängelung der Kassen- oder Geschäftsführung festgestellt gemacht. Haupt empfahl, die Gehälter der Angestellten neu zu regeln und Grundsätze für die Pensionierung aufzustellen.

Zu diesem Punkt der Tagesordnung lagen verschiedene Anträge vor, darunter die, nach denen die Politik der Generalkommission verurteilt werden sollte und man die Beiträge zu der Gewerkschaftszentrale sperren wollte. Es wurde beschlossen, diese Anträge nachher gesondert zu behandeln.

Sehr eingehend war die Aussprache bezüglich der abgeschlossenen Tarife. Es kam verschiedentlich starke Unzufriedenheit mit den Abmachungen zum Ausdruck. Namentlich fühlten sich einzelne Orte, in denen die Kollegen relativ günstige Arbeitsbedingungen ertämpft hatten, durch die eingegangenen Bindungen benachteiligt. Sie glauben, ohne die Tarife zu viel besseren Bedingungen gelangen zu können, als jetzt mit den umgrenzten tariflichen Bindungen. Die Arbeiterchaft habe mit den tariflichen Festsetzungen nicht das Mindestmaß dessen erreicht, was jetzt unbedingt notwendig sei. Die Löhne blieben hinter den Leuerungsverhältnissen zurück. Durch lokale Bewegungen hätte man in der Lohnfrage sicher mehr erreichen können. Nun sei man auf zwei Jahre gebunden. Dieser Umstand schwäche den Kampfesgeist in den Kollegentrieben. Zu bemängeln sei weiter, daß man keine Abmachungen über Ferien getroffen habe. Als besonderer Nachteil werde empfunden, daß der Tarif keine Arbeitszeitverkürzung bringe. Der Delegierte der Kollegen von Weissenfels behauptete, daß die besser bezahlten, qualifizierten Arbeiter durch den Tarif etwas geschädigt wurden. Aber im allgemeinen bringe er doch Wortteile. Das zeige sich, weil die Arbeiter nun der Organisation mehr zuflömen.

Kollege Simon machte gegenüber den Kritiken darauf aufmerksam, daß der Tarif eine Erhöhung der Löhne um ca. 50 Prozent gegenüber den Friedenslöhnen sichere. Es sei aber nicht möglich, bei einem Tarifabschluß den Ort mit den günstigsten Verhältnissen als Wertmaß zu Grunde zu legen. Man müsse die Gesamtlage berücksichtigen. Das Wichtigste für die zukünftige Arbeit sei die Befestigung des ungeheuren Lohndruckes. Hier beuge der Minimallohn vor. Er sei mit dem Erreichten durchaus nicht zufrieden. Mehr sei jedoch diesmal nicht zu erreichen gewesen.

Die Verhandlungen werden verliert.

Bürgurg, 9. Juli 1918.

Die Besprechung der tariflichen Verhältnisse, die zu beachtende Taktik usw. wurde noch längere Zeit fortgesetzt. Sie endete mit der Annahme einer Resolution, in der erklärt wird, daß der Verbandstag die Bedeutung des abgeschlossenen Reichstagsrats anerkenne. Er

biete eine geeignete Grundlage für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse im Berufe. Man erhofft eine Verbesserung der Zustände mit Hilfe des jetzt gewonnenen Kampfmittels zu erreichen. Jedoch werde ausgesprochen, daß der jetzt vorliegende Tarif mit seinen Grundlöhnen und Ortszuschlägen den gegebenen Verhältnissen vielfach nicht gerecht werde. Es wird weiter bedauert, daß keine Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen worden ist und die Ferienfrage noch ungerügt bleibt. Alle diese Punkte müßten bei einer Erneuerung des Tarifs zur Zufriedenheit der Arbeiter geregelt werden, wenn nicht anders, dann durch energisches Einsetzen aller gewerkschaftlichen Kampfmittel.

Damit hatte der Verbandstag dem abgeschlossenen Reichstagsrat für Zivilschutz zugestimmt. Beschlüssen wurde sodann, die Kollegen Hammacher-Berlin, Weisse-Dresden und Weidners-Nürnberg in die Zentral-Tarifkommission als ordentliche Mitglieder zu entsenden.

Nunmehr hatte sich der Verbandstag mit den Anträgen betreffend die Generalkommission zu beschäftigen. Da wir über diese Angelegenheit das Erforderliche bereits in der vorigen Nummer herausgeschickt haben, kann jetzt hier eine Ergänzung des Gesagten genügen. Von den Befürwortern der Anträge wurde besonders die Kriegspolitik der Generalkommission scharf verurteilt. Auch die Beteiligung an der Ludendorff-Spende, der Beitritt zum Bunde für Vaterland und Freiheit, der durch seine nur schlecht verhieltene maßig-annexionistische Tendenz gerade trügerischerweise wirkte, sowie die Haltung der Generalkommission zum Streik im Winter, wurde als die Interessen der Arbeiter schädigend und mit gewerkschaftlichen Grundsätzen in Widerspruch stehend, entschieden verurteilt. Von der Gegenseite, vor allem auch von dem Vertreter der Generalkommission Silberstein, wurde hervorgehoben, daß die Generalkommission eigentlich unzuständig sei, denn sie funktioniere ja nur als ausführendes Organ der — Vorstandskonferenzen. Mit einer Sperrung der Beiträge würde sich die Organisation der Schuhmacher selbst schädigen. Man ließ durchblicken, daß der Beitritt zum Bunde für Freiheit und Vaterland auch von den Beleidigern der Generalkommission als Fehler betrachtet würde. Deshalb jedoch rechtfertigte sich nicht die beantragte Sperrung der Beiträge. Zwei Delegierte griffen auch scharf das Fachblatt an. Es sei kein gewerkschaftliches mehr, sondern eine politische Zeitung, die gehässig gegen die andere Richtung (abhängige Sozialdemokratie) aufträte. Das Fachblatt habe lediglich gewerkschaftliche, keine politische Interessen zu vertreten, wie das der Verbandstag in Stuttgart ja auch ausdrücklich beschlossen habe. Ein Wandel müsse hier eintreten; es werde zweckmäßig sein, die Redaktion von Gotha nach Nürnberg zu verlegen.

Kollege Simon bemerkte, die Unzufriedenheit mit der Generalkommission sei berechtigt und verständlich. Trotzdem müsse er sich entschieden gegen die geforderte Sperrung der Beiträge aussprechen. Er sehe die Zeit kommen, wo der Zwang der Verhältnisse die Arbeiterchaft zu einigem und geschlossenem Auftreten zwingen würde, darum sollte man sich überhaupt nicht trennen. Die unausbleiblichen Kämpfe nach dem Kriege würden die Gewerkschaften zu einem Zusammenhalt zwingen. Darum sei er gegen die Trennung, obwohl er die Politik der Generalkommission entschieden verurteile. Es sei auch selbstverständlich, daß das Fachblatt gegen die schädigende und zusammengebrochene Politik der Generalkommission Stellung nehme. Ueberdies seien die Angriffe von der anderen Seite ausgegangen. Wie könne man da verlangen, daß das Fachblatt schweige?

Nunmehr trat Beratung der Verhandlungen auf den nächsten Tag ein.

Würzburg, 10. Juli 1918.

Es wird weiter verhandelt über die Anträge gegen die Generalkommission. Als deren Verteidiger suchte Kollege Silberhüsch den Nachweis zu führen, daß die Politik der Generalkommission der bisherigen gewerkschaftlichen Taktik entspräche. Der Bund für Freiheit und Vaterland umfasse Kräfte zu dem Zwecke, ein gleiches, bestimmtes Ziel zu erreichen. Der Beitritt zu dem Bunde bedeute keinen Anstoß an bürgerliche Kreise. Niemals habe die Generalkommission Grundzüge aufgegeben, sie handle im Einverständnis mit den Vorstandskommissionen und sie habe lediglich das Ziel im Auge, die Wohlfahrt der Arbeiter zu fördern. Mit der Unterstützung der Ludendorff-Spende wahre man das Interesse der Kriegseingeschädigten.

Die Ausführungen des Kollegen Bod, der nunmehr zu Wort kam, gaben wir bereits in dem Artikel in der vorigen Nummer des Fachblattes in der Hauptsache wieder. Ein Wiederholen erübrigt sich.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Kollege Haupt, befaßte sich dann ebenfalls mit der Politik der Generalkommission. Mit der früheren Auffassung im Gewerkschaftsleben, wie sie von der Mehrheit der deutschen politisch denkenden Arbeiterschaft vertreten werde, stehe die Politik des 4. August in Widerspruch. Aus ihr erwüchsen der Arbeiterklasse schwere Nachteile. Lange werde sie dafür büßen müssen.

Der Kollege Simon ging dann noch auf die Frage der Ludendorff-Spende ein. Sie werde dazu benutzt, einen Druck auf die Arbeiterschaft auszuüben. Die Regierung habe viele Versprechungen gemacht, aber nur zu dem Zweck, um die Arbeiter einzutuneln. Bewirkt werde so gut wie nichts, aber alle Nachteile blieben den Arbeitern. Aus eigener Kraft müßten sie emporkommen und nur durch eigene Kraft könnten sie vorwärts kommen. Welcher Wind wehe, das zeige der Abgang Kühmanns und das Wie und Wo bei der Ernennung seines Nachfolgers.

Es sprachen noch die Vertreter beider Richtungen zu der Angelegenheit. Der Verbandstag bewies durch sein Verhalten, daß er in seiner weit überwiegenden Mehrheit auf der Seite der Opposition gegen die Generalkommission stand. Auch der Kollege Silberhüsch, der nochmals zu ausführlichen Darlegungen das Wort nahm, konnte für die Generalkommission nichts mehr retten. Von Verkauf an bürgerliche Interessen könne keine Rede sein; die Generalkommission kämpfe täglich gegen die Regierung. Auch die Generalkommission vertrete den Standpunkt: Durch eigene Kraft Erfolg erzielen! Mit anderen gehe man nur dann zusammen, wenn dabei ein Einfluß auf die Gesetzgebung ausgeübt werden könne.

Bei der dann vorgenommenen Abstimmung wurde, wie schon mitgeteilt, der Antrag auf Sperrung der Beiträge an die Generalkommission mit 10 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Kollege Simon gab dazu die Erklärung ab, daß damit nicht die Politik der Generalkommission gerechtfertigt werden sollte, in der Beurteilung dieser Politik sei sich der Verbandstag einig.

Unter Beifall wurde sodann festgestellt, daß die von Kollegen Bod unterbreitete, programmatische Resolution, die deutlich die Politik der Generalkommission verurteilt und auf den Grundgeden der Ueberzeugung von den Klassengegensätzen verpönt, gegen nur 2 Stimmen angenommen worden sei.

Würzburg, 11. Juli 1918.

In der heutigen Sitzung nahmen die Delegierten ein sehr inhaltreiches Referat des Kollegen Simon über die Frage der Uebergangswirtschaft entgegen. Aus dem weitwichtigen, vorläufig noch unübersehbaren Gebiet, dessen Bedeutung jetzt noch nicht gänzlich erfasst werden kann, das in seiner Gestaltung sehr wesentlich von dem Ausgang des Krieges beeinflusst wird, stellte der Referent die ungemessen wichtigen Forderungen in den Vordergrund: Erneuerung der Rechtsgültigkeit der teilweise aufgehobenen Arbeiterschutzgesetze, Erneuerung der Schutzbestimmungen zur Abwehr gesundheitslicher Schäden und der Vorbeuge von Unfällen, vor allem auch erhöhter Schutz für die weibliche Arbeiterschaft, sowie der jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiter, ferner Schaffung einer Rechtsgrundlage für Tarifverträge, neuer gesetzlicher Regelung der Arbeitsvermittlung, sowie der Arbeitslosenunterstützung. Und als unerlässliche Ergänzung dazu: freiere Gestaltung des Kreditsystems, wegbewegende Wohnungsfürsorge und Rationalisierung der gewerblichen Rohstoffherstellung. In allen diesen Umfragen stellte der Referent die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der einzelnen Punkte heraus. Er verwies dabei auf die unumgängliche Umwertung, die der Krieg hervorgerufen hat: veränderte Zusammenfassung der Arbeiterschaft, ungemessen starkes Eindringen der weiblichen und jugendlichen Arbeitskraft. Dazu begründete er die sich daraus ergebenden Forderungen. Er riefte die mit dem Aufheben

der Schutzgesetze und Bestimmungen, sowie mit der geordneten wirtschaftlichen Umstellung der Industrie erhöhten Gefahren für Gesundheit und Leben der Beschäftigten in die helle Beleuchtung anschaulicher Darstellung, fand so den grundfesteren Boden der entsprechenden Forderungen der Arbeiterschaft. Scharf und klar hob Kollege Simon die bereits eingetretenen und noch weiter zu erwartenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt heraus, Veränderungen, die alle hiermit in Verbindung stehenden Forderungen als das Mindestmaß ergründen lassen. Mit der Schilderung der Wohnungsverhältnisse gab der Referent dem ganzen sozialen Bilde dann noch einen passenden Rahmen, passend zu dem düsteren Gemälde. Daß die geforderte Rationalisierung der Rohstoffe unbedingt notwendig, bewies der Kollege Simon durch die Schilderung der für die Arbeiter geradezu verderblichen Folgen, wenn man das Heranbringen und Verteilen der Rohstoffe dem nur von Profitinteressen geleiteten Kapital überlassen wollte. Sichtlich von großem Einbruch waren die Schlussbemerkungen des Referenten, in denen er auf die kommenden, unvermeidbaren Kämpfe und auf die zwingende Notwendigkeit hinwies, das Rüstzeug der Organisation den verarmten Verhältnissen anzupassen, es tüchtig zu verbessern. Die Parole lautete: Für Frieden, Freiheit und Brot!

Durch lebhafteste Zustimmung und durch Beifall auf eine Debatte, gab der Verbandstag sein Einverständnis mit den Darlegungen und Forderungen des Referenten einmütigen und nachdrücklichen Ausdruck. Auf Beschluß des Verbandstages soll der Vortrag in einer besonderen Beilage den Kollegen zur Kenntnis gebracht werden.

Zum nächsten Punkte der Tagesordnung: Statutenberatung gab der Kollege Simon ebenfalls das einleitende Referat. Er begründete die an dieser Stelle veröffentlichten Anträge des Vorstandes betr. Neuregelung der Beitrags- und Unterstützungszahlungen. Unumwunden wurde allgemein die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beiträge anerkannt. Zwar richtete sich ein Widerspruch gegen die Höhe der neuen Beitragsätze, wie sie der Vorstand vorge schlagen, im wesentlichen jedoch galt der Widerspruch der Form der Erhebung. Den Verdienst als Grundlage der Beitragsbemessung gelten zu lassen, betrachteten die meisten Redner als nicht zweckmäßig. Wichtig sei es, die drei Beitragsklassen beizubehalten und jedem Mitgliede die Wahl der Klasse, der er angehören will, zu überlassen. Ueber 90 Pfg. Wochenbeitrag solle man nicht hinausgehen.

Die Weiterverhandlung wird auf morgen vertagt.

Würzburg, 12. Juli 1918.

Die Debatte über die Gestaltung der Beiträge und Unterstützungszahlungen wird noch fortgesetzt. Wesentlich neue Gesichtspunkte treten dabei jedoch nicht heraus. Bei der Abstimmung wurde ein Antrag, die Beiträge nach dem Verdienst zu bemessen, mit 14 gegen 9 Stimmen abgelehnt, sodann das Beibehalten von drei Beitragsklassen beschloffen. Der eigentliche Vorschlag des Vorstandes hatte also keine Majorität gefunden. Jedoch, in der materiellen Wirkung wird die beschlossene Regelung den Anforderungen, die der Vorstand glaubte erheben zu müssen, ziemlich entsprechen. Der Verbandstag setzte die Beiträge wie folgt fest: 1. Klasse 50 Pfg., 2. Klasse 70 Pfg. und 3. Klasse 90 Pfg. Das bedeutet eine Erhöhung um 15, 20 und 25 Pfg. Auch eine Erhöhung der Arbeitslosen- und Streikunterstützung wurde beschloffen. Bei Arbeitslosigkeit beträgt die Unterstützung für den Tag 80 Pfg. bis 2,50 Mk., je nach Dauer der Mitgliedschaft und Beitragsklasse. Nach den gleichen Gesichtspunkten bemittelt sich die Streikunterstützung auf mindestens 2 Mk. und auf höchstens 3,50 Mk., das Krankengeld auf 40 Pfg. bis 1,10 Mk. pro Tag. Die Reiseunterstützung (sich) der Arbeitslosenunterstützung gleich. Die Umzugs- und Sterbeunterstützung wird in Zukunft nach den bisherigen Sätzen berechnet.

Weiter beschloß die Generalversammlung, das Eintrittsgeld einheitlich auf 50 Pfg. festzusetzen; der Vorstand hatte eine Erhöhung des Sages auf 1 Mk. für die beiden höheren Beitragsklassen gewünscht. Nach der vorgenommenen Regelung verbleiben den örtlichen Verwaltungen zur Bestreitung der Ausgaben am Orte von den Beiträgen 7, 10 und 13 Pfg., das ist in jeder Klasse ein Pfg. mehr als früher.

Es lag auch ein Antrag vor, die Beitragserhöhung durch Ueberstimmung bestimmen zu lassen. Jedoch fand dieser Antrag keine Mehrheit. Der Verbandstag beschloß, die Wirksamkeit der neuen Beiträge am 1. Oktober d. J., die der neuen Unterstützungsätze am 1. Oktober n. J. eintreten zu lassen.

Schließlich nahm der Verbandstag noch eine Neuregelung der Gehaltsätze sowie der Bestimmungen betr. Pensionierung von Verbandsengagierten vor.

Dann folgten die Wahlen. Sie endeten mit der einstimmigen Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder, des bisherigen Ausschussvorsitzenden und des bisherigen Redakteurs.

Damit hatte der Verbandstag seine Arbeiten erledigt. Und mit der Erledigung darf man, wie in der Schlussansprache hervorgehoben wurde, wohl zufrieden sein.

Wir schließen uns dem zum Ausdruck gebrachten Wunsche an, daß nun alle Verbandsmitglieder alle Kräfte einsetzen, um die Organisation zu stärken, die für die kommenden Auseinandersetzungen mit dem Kapital abwehr- und auch angreifbar zu machen.

An die Arbeit, für die Kollegen, mit dem Verband!

Der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie.

Nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“ verzeichneten im Monat Mai die berichterstattenden Arbeitsnachweise für die Schuhindustrie 664 (April 647) arbeitsuchende, 2055 (2025) offene und 466 (467) besetzte Stellen. Der Vergleich der Zahlen ergibt fast ein völliges Gleichbleiben der Lage des Arbeitsmarktes der Schuhindustrie in den beiden Monaten, also auch die Nichtbesetzung der überwiegend großen Mehrzahl der offenen Stellen. Auf 100 offene Stellen kommen im Mai 32,3 arbeitsuchende gegen 31,9 im April.

In den größeren Einzelstaaten gestaltete sich der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie so:

	Arbeitsuchende	Offene Stellen	Besetzte Stellen
Preußen . . .	318 (306)	1000 (994)	247 (240)
Bayern . . .	177 (155)	378 (413)	94 (89)
Sachsen . . .	14 (19)	65 (60)	4 (9)
Württemberg . . .	31 (26)	167 (139)	23 (19)
Baden . . .	81 (85)	107 (125)	18 (21)
Besien . . .	81 (86)	108 (65)	24 (28)
Hamburg . . .	16 (20)	24 (30)	18 (21)
Elbst-Vorbringen . . .	17 (23)	119 (107)	16 (17)

Besonders auffallend sind die geringen Zahlen an dem auch für die Schuhindustrie so bedeutungsvollen Sachsen, wo die Arbeitsvermittlung für diese nach gerade zum Stillstand gekommen ist. Mit Ausnahme von Hamburg machen in allen anderen Staaten die offenen Stellen das Mehrfache der Arbeitsuchenden aus.

In den Berichten der Industrie wird aus der Schuhindustrie einzig die Schaffung und das am 1. Mai 1918 erfolgte Inkrafttreten des neuen Reichsarbeitsvertrages mit einigen Einzelangaben aus dessen Inhalt erwähnt.

Von den Auslandsberichten sei zunächst der holländische erwähnt, in dem es heißt: „Die Schuhindustrie, in der die Tätigkeit Mitte Februar um Drittel der normalen Beschäftigung betrug, hatte die nennenswerte Arbeitslosenzahl nicht aufzuweisen. Es wurde jedoch mit verkürzter Betriebszeit gearbeitet.“

In der englischen Schuhindustrie waren 55 823 Mitgliedern der Gewerkschaften 0,1 Prozent arbeitslos, von 1 063 564 Mitgliedern, über die berichtet wird, 0,9 Prozent. Die englischen Gewerkschaften zählten Ende 1915 4 141 789, Ende 1916 4 399 000 Mitglieder; die Zunahme entfällt mit 127 555 auf die männliche und mit 130 352 auf das weibliche Geschlecht, indes wird die Gesamtzahl der weiblichen Mitglieder die offenbar ganz bedeutend gewachsen ist, nicht mitgeteilt.

Aus Norwegen erfährt man, daß die Arbeitslosigkeit bei den Schuhmachern mit 0,3 Prozent die geringste war. Ihnen folgen die Buchdrucker mit 1,7 Prozent und die allgemeine Arbeitslosigkeit mit 17 773 Gewerkschaftsmitgliedern betrug Ende Februar 1918 2,2 Prozent.

In der amerikanischen Schuhindustrie betrug der Januar eine Verminderung der Zahl der Beschäftigten um 9,2 Prozent gegenüber dem gleichen Monat in 1917 gebracht, während die gezahlte Lohnsumme nur um 0,1 Prozent kleiner war.

Die schweizerische Schuhindustrie ist noch beschäftigt.

Aus unserem Beruf.

Die Dresdener Handelskammer über die Wirkung der schlechten Beschaffenheit und Preissteigerung der Schuhe. Die Handelskammer zu Dresden hat über Ursachen der schlechten Beschaffenheit und Preissteigerung der Schuhe ein Gutachten erstattet, in dem folgendes festgestellt wird: Immer häufiger werden in letzter Zeit den Kreisen der Verbraucher Klagen laut, über schlechte Beschaffenheit der Schuhwaren und die für sie geforderten Preise. Dabei werden vollkommen die Ursachen

er die
damit
nd des
en er
in der
frieben
orachm
er alle
ten, sie
it dem
m Be-
Hub-
eten im
achweise
uchende.
Der
leichbil-
ultrie in
ung der
Stellen,
3 Arbeit
sich der
Befest
Stellen
47 (240)
94 (89)
4 (9)
23 (19)
18 (28)
24 (21)
16 (21)
16 (17)
haben im
ungssozial
niese nach
Ausnahm
staaten be
stufschende
aus am
gebenen Ur
Reichssta
dessen S
der h
Die Sch
bruar ge
hatte ei
weisen. E
gearbeit
waren in
0,1 Proze
die her
wertigkeit
6 4 399
555 auf
ge Beschl
Mitglied
t, nicht
die Arbeit
Prozent
ruder mit
figkeit
ende Febr
ndustrie
der Befrei
eichen W
Lohnsum
e ist noch
uf.
die Arbeit
steuerung
hat über
Preisstei
folgend
Lager Sri
über f
se gefor
schon w

nicht maßgebend, über die zukünftigen Verhältnisse Deutschlands zu bestimmen, aber es ist bezeichnend für die Einseitigkeit dieser landwirtschaftlichen Kreise, wie sie sich die künftige Wirtschaft vorstellen und wohin nach ihnen die Reize gehen soll. Wir wissen freilich heute noch nicht, wie sich unsere heutigen Feinde später verhalten werden und wie das Wirtschaftslieben sich mit den übrigen Staaten gestalten wird. Ihre Drohung einer dauernden Boykottierung können wir nicht ernst nehmen und sind wir der festen Überzeugung, daß sobald der Frieden Einkehr halten wird, die Verhältnisse härter sein werden als alle Äußerungen und Beschlüsse. Die Machtverhältnisse des Handels sind letzten Endes, wo die Notwendigkeit sich ergibt, stark genug, um solche Zwangsmaßnahmen zu zerreißen, weltumspannend und international. Nach der Schwächung sämtlicher europäischer Staaten glauben wir hingegen annehmen zu können, daß eine europäische Wirtschaftsunion das sich entzweifelnde Ergebnis dieser traurigen Ereignisse sein wird. Man möchte fast in die Versuchung kommen, anzunehmen, daß allein schon die Stellung Amerikas einem geschwächten amerikanischen Kontinent gegenüber die Geburtswunden einer europäischen Wirtschaftsunion in sich schließt.

Die zukünftigen Wirtschaftspolitiker.

Vor einiger Zeit hielt in Berlin die Vereinigung wissenschaftliche Landwirtschaft eine Tagung, in der die Landwirtschaft in Zukunft unabhängig vom Staat zu machen, oder besser gesagt, eine Wirtschaftspolitik einzuschlagen, die es ermöglicht, die Ernährung des deutschen Volkes unabhängig vom Ausland zu ermöglichen. Begründet war diese Aufgabe mit künftigen Sicherstellung des Reiches in ähnlichen drohenden Lagen wie die gegenwärtige. Hierzu sei weiterer Ausbau unserer heimischen Landwirtschaft, die eine Steigerung der Produkte zur Folge habe. Mit ähnlichen Katastrophen, wie wir sie vorwärts erleben, müsse auch in Zukunft gerechnet werden. Hierzu lasse sich nun vieles sagen, wollen aber vorzeitig nicht allzu sehr darauf einlassen, da Zukunft ganz andere Regeln des Wirtschaftslebens kennen wird, als diese abschließenden Wirtschaftspolitik und Schutzmaßnahmen es ahnen. Verwahrung müssen wir schon einlegen, daß eine Handvoll Leute glaubt, es sei möglich zu führen, über die Fragenfrage der Bevölkerung zu bestimmen. Schon der Gedanke einer abermaligen Katastrophe wie die gegenwärtige, für uns als ganz ausgeschlossen gelten, da die hieraus resultierenden Ursachen fallen werden, ja fallen müssen. Es ist es denn hinzuführen, wenn wir unter solchen Umständen die Beziehungen und Vorkkehrungsmaßnahmen leugnen. Wie stellt man sich denn eigentlich eine abschließende Wirtschaftspolitik vor? Sind wir nicht dazu in der Lage, daß wir das Ausland in der Ernährungsfrage nicht gebrauchen? Und haben wir am Ende nicht auch noch andere wichtige Lebensfragen? Nun hat wohl niemand in Deutschland etwas dagegen, wenn die Kulturgüter in Deutschland, so weit es angeht, an eigenen landwirtschaftlichen Erzeugnissen gesteigert werden. Am allerersten werden wir etwas dagegen haben, als wir schon schon ständig für die Rußbarmachung der Ost- und Ostländer eingetreten sind und auch eingetreten werden. Daß wir uns aber auf Grund der bloßen kulturellen Aufgaben vom Ausland loszuscheiden und einer Politik des ärgsten Schutzollens hingeben, liegt ganz und gar nicht im Interesse dauernden und hinreichenden Ernährung. Allein Hinblick auf die jetzige Ernährung des Volkes dürfte einen einigermaßen aufrichtigen Politiker, dem das Interesse des Volkes und dessen Ausleben am Herzen liegt und sei es auch ein Landwirt, eine Abschließung des Auslandes ganz und gar nicht im Bereich der Ernährung stehen. Ist es anders, so kommen hier nur allein persönliche Interessen und die Interessen der gewissen Bevölkerungsschicht in Frage. Die Ernährung der Gesamtbevölkerung liegt uns aber näher liegt uns höher als die Bereicherung einer Privatschicht. Die Landwirtschaft hat sich schon früher den Minimalgrößen und jetzt während des Krieges besonders auf Kosten der Gesamtheit bereichert kann ruhig von einer weiteren Begünstigung abgesehen werden. Sollte schließlich auch ein abweisender Handelspolitik von der bisherigen eine vollkommenen Grund- und Bodenrenten nach sich ziehen, so würde dies nur gekündigt und ermäßigend wirken. Auf die Augen genommenen mitteleuropäischen Wirtschaftsstand wollen wir richtig verzichten und vermehren die Propagierungen, welche eine Verewigung der Ernährung und des Lebens bedeuten würde. Eine wichtige Politik bedeutet den Vorrat unseres gesamten Wirtschaftslebens, nicht nur der der besten Ernährung. Nun sind ja freilich diese Herren noch lange

merken? Die dumpfe schlafe Kneipe wird plötzlich ein famoser Aufenthaltsort, der Nachbar am Tisch über dessen dummes Gerede man sich gerade geärgert, wird ein weiser Mann, mit dem man Freundschafft schließt. Und selbst das Worgen mit seiner langen Arbeitszeit und seinem kärglichen Lohn ist ja nicht so schlimm, wie es vorher schien und die Arbeit und Agitation für die Gewerkschaft, um dagegen anzukämpfen, nicht ganz so dringend.

Mit der Stimmung des wirklich tatkräftigen Menschen hat dies nichts, gar nichts gemein. Denn dieser will die Gegenwart ändern. Der alkoholisierter findet sie aber ganz erträglich. Doch halt, hier wirft man uns ein, daß ja gerade der alkoholisierter sich leicht empört, sich gegen das Unrecht wendet. Gewiß, mit Worten oder gelegentlich auch mit ungewaltmächtigen Taten, die zu wenig oder zuviel unternehmen, weil sich sein Denken vergrößert hat.

In gleicher Deutlichkeit, die Wirklichkeit, die man ändern, die man überwinden — und die Zukunftsgestaltung, die man an deren Stelle setzen will, vor Augen zu haben, das ist die Stimmung des erfolgreichen tatenfrohen Menschen. Und das muß auch die Stimmung der kämpfenden Arbeiterchaft sein. Nicht um ein Haar auf ein apokalyptisches Kommen in den Wolken handelt es sich ja; das Land der Zukunft wird nur in harter, nimmermüder Arbeit, wo um jeden Fuß breit gekämpft wird, errungen werden. „Revolutionär“ ist nicht der Mensch der großen Worte und Gebärde, sondern nur derjenige, der auch im Leben des Alltags bei jedem kleinsten Schritt sein großes Ziel vor Augen hat.

Verträgt sich dies mit dem Glück und Behagen, das aus den Gläsern emporsteigt? Oder ist nicht vielmehr jedes solche Behagen ein Raub an der Kraft der proletarischen Bewegung?

Die russischen Völker im Lichte ihrer Kultur.

Wenn früher die Beurteilung des russischen Volkes im Hinblick seiner Kulturstufe sowie Allgemeinbildung unter den Völkern Europas kein besonderes günstiges war, so sind wir doch gezwungen, auf Grund der in den letzten Jahren sich vollziehenden gewalttätigen Ereignisse innerhalb des Reiches unsere Ansichten darüber zu ändern, ja in mancher Beziehung überrascht beiseite zu stellen. Im allgemeinen wird wohl die Bildung und im besonderen die Schulbildung in Betrachtung des Volksganges für den Stand der jeweiligen Kultur eines Volkes als maßgebend herangezogen. Das russische Volk kam hier schlecht weg und wurde sehr niedrig veranschlagt, welches ja auch seine Begründung in der höchsten Analphabetenrate hatte. Nach genauer Prüfung jedoch und Einsicht in die Tiefen der Volksseele kommt man in die Versuchung den Maßstab der Analphabeten-Statistik für den Bildungsgrad nicht als unbedingt richtig anzusehen. Eine nur systematisch begrenzte Schulbildung kann oft derer auf Grund reicher Erfahrungen, und sei es auch eines Analphabeten, nicht gleich gemessen werden. In diesem Lichte kann nur das das Große, was im russischen Volke als Wandlung und Umwälzung vor sich ging, betrachtet und richtig gewürdigt werden. Schon das Wissen des Getriebenseins und das Streben nach Verbesserung seiner Lage im Rahmen eines Staates und die Kenntnis sowie Mitteleingriffung zur Entledigung seiner Bedrücker setzt ein geringes Maß von Kenntnis der Ursachen voraus. Die Bildungsstufen des russischen Volkes oder vielmehr Völker sind verschieden und nicht einheitlich zu werten. Die Finnländer treffen wir schon lange als revolutionäres Volk des Zarenreiches an. Ihnen ist seit einer Reihe von Jahren schon das Organisationsstadium wirtschaftlicher und politischer Art zu eigen. Auch in den Wahlrechtsfrage nimmt Finnland eine der ersten Stellen auf dem Kontinent ein. Hier sehen wir zum ersten Male die Frau in den Landtag einziehen. Ihr Streben nach Absicherung vom russischen Reich war, national stark hervorsteckend, immer in ihnen war. Die Randvölker im Nordwesten, Kurland, Livland, Estland, kamen für eine politische Bewegung niemals in Betracht. Dieses ländliche Volk steht im Vergleich unserer Preußen unter der Macht einer Großgrundbesitzerklasse meist deutscher Herkunft. Auch die Ukraine kommt nicht als Volk in Betracht, das aus eigenem Erbesse und aus eigener Kraftentfaltung die Befreiung Polens vom Zarentum in Anspruch nehmen kann. Auch hier sehen wir die Sonderung der Nation in den Vordergrund treten auf Kosten der Gesamtentwicklung des Reiches. Bei den südöstlichen Ländern ist wohl meist ein religiöser Grund zur Loslösung vom alten Reich maßgebend gewesen. Die Besiedelung des Kaukasus und namentlich die fast mohamedanische des südwestlichen

Arbeit und Zukunftshoffen.

Von einem Abstinenten.

Leben wir nur von der Wirklichkeit der Gegenwart? Nein, selbst fürs Denken des Naiven, das nur die einfachen Formen der Befriedigung organischer Bedürfnisse umspannt, gibt dies nicht. Auch er erlebt Momente, wo er sich an die Zukunft wendet, wo es ihm zu eng wird in der gleichmäßigen Wiederkehr des Alltäglichen und Gewohnten. Und wenn er im Stande ist Auskunst und Rechenchaft zu geben über das was er fühlt, dann wird er betennen, daß er am glücklichsten ist, am deutlichsten von der Empfindung gefunden Lebens getragen, wenn er sich hoffnungsvoll und tatbereit dem Zukünftigen und werdenden zuwenden kann. Je kräftiger einer ist, je schaffensfreudiger, je mehr gewillt ein recht großes Stück der Welt die ihn umgibt, vereint und verbessert durch die Kraft seines Hirns und seiner Hände in die Zukunft hinüberzutragen, desto freudiger und bewußter wird er sagen, daß er nicht nur von der Wirklichkeit der Gegenwart lebt. Beispielhaft machtvoll, als ein Massenphänomen von in der Geschichte der Menschheit unerhörter Einheitslichkeit, zeigt sich dies in der Arbeiterbewegung der Gegenwart. Was sie am letzten und tiefsten zusammenhält, was sie über alle Irrungen und Wirrungen der Tageskämpfe, ja selbst über das furchtbare Drama des Weltkrieges hinweg, immer wieder dazu führen wird, sich als Einheit zu fühlen, was nicht — wie kurzfristige Politikpsychologie annimmt — im Gegenlag zur praktischen Gegenwartarbeit steht, sondern deren treibende Kraft bildet, das ist der festeste Glaube an die Zukunft, die Zukunft der Arbeiterklasse. In Millionen gedrückte Leben hat dieser Glaube Heiligkeit geworfen, Hunderttausende von stumpf geborenen und gewordenen und getrohenen hat er aufgerichtet und der Arbeit für die Zukunft dienbar gemacht. Nun will man in der Abstinenzbewegung — plötzlich der Arbeiterschaft Nüchternheit predigen! Den Trunk, der in das tödliche Eiserlet der Arbeitertages etwas Freude bringt, der die Last diesem Leben erleichtert, der den Wachen angenehm träumen macht, diesen Trunk soll die Arbeiterschaft nicht predigen! Den Trunk, der in das tödliche Eiserlet der Arbeitertages etwas Freude bringt, der die Last diesem Leben erleichtert, der den Wachen angenehm träumen macht, diesen Trunk soll die Arbeiterschaft nicht predigen! Den Trunk, der in das tödliche Eiserlet der Arbeitertages etwas Freude bringt, der die Last diesem Leben erleichtert, der den Wachen angenehm träumen macht, diesen Trunk soll die Arbeiterschaft nicht predigen!

Ja, es wäre grausam, es wäre widersinnig, die Alkohol-Abstinenz in der Arbeiterschaft zu propagieren, wenn den Alkohol die Wagnisse beistünde, wenn er zukunfts-freudiger machte. Es soll hier nicht vom wirklichen Raub die Rede sein; daß das nicht die Gedanken entstehen, die uns in die Zukunft führen, beweist wohl niemand. Nur jene behagliche Stimmung, in der dem Schwelgen unter dem Einfluß des Alkohols sich die Zunge löst und man sich freier zu fühlen beginnt, sie steht hier in Frage. Wacht diese uns zukunfts-freudiger? Ja, aber nur in dem Sinne, daß sie das Worgen, das sich von dem heute nicht unterscheidet, erträglich und annehmbar erscheinen läßt. Jede trinkende Gesellschaft in dem Stadium, in dem sie sich anmirtet, bewirkt dies. Ergeben sich denn die Gedanken über das Nächst-liegende, ist nicht in allem was gesprochen wird, ein Haß und Lieben an der Gegenwart deutlich zu be-

Ja, es wäre grausam, es wäre widersinnig, die Alkohol-Abstinenz in der Arbeiterschaft zu propagieren, wenn den Alkohol die Wagnisse beistünde, wenn er zukunfts-freudiger machte. Es soll hier nicht vom wirklichen Raub die Rede sein; daß das nicht die Gedanken entstehen, die uns in die Zukunft führen, beweist wohl niemand. Nur jene behagliche Stimmung, in der dem Schwelgen unter dem Einfluß des Alkohols sich die Zunge löst und man sich freier zu fühlen beginnt, sie steht hier in Frage. Wacht diese uns zukunfts-freudiger? Ja, aber nur in dem Sinne, daß sie das Worgen, das sich von dem heute nicht unterscheidet, erträglich und annehmbar erscheinen läßt. Jede trinkende Gesellschaft in dem Stadium, in dem sie sich anmirtet, bewirkt dies. Ergeben sich denn die Gedanken über das Nächst-liegende, ist nicht in allem was gesprochen wird, ein Haß und Lieben an der Gegenwart deutlich zu be-

